

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft



SPD

DER NEWSLETTER FÜR BARMBEK, DULSBURG, HOHENFELDE UND UHLENHORST

Nummer 3/2009

10. Juni 2009

Letztes Kita-Jahr beitragsfrei – aber nicht für alle Kinder

Es ist ohne Zweifel ein Fortschritt für Chancengleichheit: Das letzte Betreuungsjahr vor der Einschulung wird in Zukunft gebührenfrei sein. Dadurch soll jedes Kind unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten seiner Eltern eine professionelle Förderung erhalten. Das ist ein



© Claudia35/Pixelio, www.pixelio.de

Vorhaben, das die SPD-Fraktion ausdrücklich begrüßt.

Deshalb ist die Kritik an einem kleinen aber wichtigen Detail des CDU/GAL-

Gesetzentwurfs zur Beitragsfreiheit auch so groß. Die sogenannten „Kann-Kinder“, die nach dem 30. Juni das sechste Lebensjahr vollendet haben, aber im selben Jahr eingeschult werden, erhalten keine Befreiung von der Gebühr für Kita und Tagespflege. Nur für die in der Regel fünfstündige Vorschule gilt hier die Beitragsfreiheit.

Mit ihrem Gesetzentwurf schließen CDU und GAL keine kleine Gruppe von der geplanten Verbesserung aus: Im laufenden Schuljahr wurden immerhin fast 2000 Kann-Kinder eingeschult. Es ist nicht nachvollziehbar, warum diese Kinder auch in Zukunft für das letzte Kita-Jahr bezahlen sollen, denn häufig gehen Kann-Kinder kaum kür-

zer in eine Kita als andere. Wenige Tage entscheiden so, ob die Eltern bis zu 192 Euro pro Monat bezahlen müssen oder nicht. CDU und GAL argumentieren, eine Beitragsrückerstattung für die Kann-Kinder sei zu bürokratisch. Auch, dass andere Bundesländer wie Schleswig-Holstein und Niedersachsen eine solche Erstattungsregelung praktizieren, konnte die Regierungskoalition nicht überzeugen.

Die SPD wird deshalb einen Ergänzungsantrag zum Gesetzentwurf einbringen und weiter auf Beitragsfreiheit im letzten Kita-Jahr auch für Kann-Kinder dringen.

In dieser Ausgabe:

- STRABENGEWALT IN BARMBEK-NORD UND DULSBURG STEIGT SPRÜNGHAFT AN **2**
- SAGA GWG-MIET-ERHÖHUNGEN FÜHREN NACHWEISLICH ZU VERDRÄNGUNG AUS STADTTEIL **2**
- DISKUSSION UM UNI-UMZUG: UNSERIOSE STUDIE VERTUSCHT FINANZIELLE RISIKEN **3**
- KEINE WEITERE „PRIVATISIERUNG LIGHT“ AN DEN SCHULEN! **3**
- KONTAKT ZU DEN SPD-WAHLKREISBÜROS **4**
- BUCHTIPP: WERNER RÜGEMER: „HEUSCHRECKEN“ IM ÖFFENTLICHEN RAUM **4**

Durch die rote Brille. Der Kommentar auf Seite 1

Hertie, Karstadt und das Verfallsdatum von Bürgermeister-Schwüren

Wie waren wir doch alle gerührt, damals im Frühjahr, als Hamburgs bürgerlicher Meisterbürger den bösen Kapitalismus beklagte und leutselig Besserung versprach: Der freie Markt sei doch nicht der große Heilsbringer, und man wolle in Zukunft „Gesichtspunkte der Moral, des Anstands, der Nachhaltigkeit in den Vor-

dergrund rücken“. So schön war das gesagt, dass selbst sonst dauernörgelnde Linke ihren Ole auf einmal ganz lieb hatten.

Ach, wie lange ist das her: Erst wenige Wochen zwar, aber doch eine gefühlte Ewigkeit. Denn inzwischen geht es längst schon wieder um „ordnungspolitische Vernunft“ statt um Moral und

Nachhaltigkeit, bei Hamburgs Senat genauso wie beim feschen Baron aus Bayern. Für Konservative und Neoliberale aber heißt „Vernunft“ offenbar wie eh und je: Die private Wirtschaft wird's schon richten, der Staat soll sich raushalten. Als wäre nichts gewesen in den letzten Monaten.

Was bei Opel nicht durch-

zusetzen war, wird nun bei Karstadt exekutiert, und bei Hertie hat Hamburgs Senat (anders als andere Landesregierungen) gar nicht erst den Versuch gemacht, helfend einzugreifen: Die große Filiale in Barmbek muss ersatzlos dichtmachen, die Mitarbeiter landen auf der Straße, im Stadtteil geht ein

Fortsetzung auf Seite 2

Bekeris & Buss in der Bürgerschaft

Fortsetzung S. 1 Hertie

wichtiges Einkaufsangebot für Menschen mit schmalerem Geldbeutel verloren.

Die Hilfsverweigerung für die Kaufhäuser wird damit begründet, dass die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieser Firmen schon älter seien als die aktuelle Krise. Das stimmt zwar, taugt aber nicht als

Ausrede, ganz im Gegenteil: Die klassischen Mittelschichtkaufhäuser leiden darunter dass die Kaufkraft ebendieser Mittelschicht in den letzten Jahren durch faktisch sinkende Löhne rapide zurückgegangen ist; bei immer mehr Menschen reicht es nur noch für die Discounter. Doch genau die-

se binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche, die ein Resultat der jahrelangen Umverteilung von unten und Mitte nach oben ist, hat die Wirtschafts- und Finanzkrise mit ausgelöst.



Foto: Sebastian Mietzner

Europa-Veranstaltung mit Knut Fleckenstein und Olaf Scholz im. Links: Moderatorin Gesine Dräger

Straßengewalt in Barmbek-Nord und Dulsberg steigt sprunghaft an

SPD-Abgeordnete Bekeris und Buss: Schließung des Polizeikommissariats Weidestraße ist die falsche Antwort!

Wie auf Anfrage der SPD-Fraktion jetzt bekannt wurde, stieg die Straßengewalt von 2007 auf 2008 in allen Stadtteilen des Wahlkreises Barmbek-Uhlenhorst-Dulsberg an. In den zwei am stärksten betroffenen Vierteln Barmbek-Nord und Dulsberg ist die Zunahme mit 133,3 bzw. 90,9 Prozent besonders groß.

„Straßengewalt“ umfasst gefährliche und schwere Körperverletzung auf Straßen, Wegen und Plätzen.

„Ein erschreckender Anstieg“ kommentiert die Barmbeker

SPD-Abgeordnete Ksenija Bekeris die Zahlen. „Die einzige Reaktion des Senats darauf ist die Schließung des Polizeikommissariats an der Weidestraße. So vielfältig die Ursachen des Anstiegs sein mögen, die Antwort des Senats darauf ist fahrlässig!“ so Bekeris weiter. Auch Wilfried Buss ist empört über die mangelnde Reaktion des Senats: „Überall dort, wo bisher Polizeikommissariate geschlossen wurden, zeigt sich: Die Präsenz der Polizei auf den Straßen sinkt erst mal. Das droht jetzt auch in

Barmbek. Dabei wissen wir doch, dass eine sichtbare Präsenz der Polizei der beste Schutz gegen Gewalt ist. Deshalb darf der Senat weniger sichtbare Polizei nicht einfach in Kauf nehmen.“

Die aktuellen Zahlen zur Straßengewalt und Vandalismus untermauern daher die SPD-Kritik an der Schließung des Polizeikommissariats Weidestraße im Zuge der Zusammenlegung zweier Kommissariate an der Oberaltenallee.

**KSENIJA BEKERIS:
„DIE SCHLIEBUNG
DES POLIZEIKOM-
MISSARIATS
AN DER
WEIDESTRAßE
IST FAHRLÄSSIG!“**

SAGA GWG-Mieterhöhungen in Barmbek-Nord führen nachweislich zu Verdrängung aus dem Stadtteil

Bereits mehrfach wurde an dieser Stelle über die bis zu 60 prozentigen Mieterhöhungen bei rund 120 SAGA-GWG-Wohnungen in Barmbek-Nord berichtet. Anlass der Mieterhöhungen sind Modernisierungsmaßnahmen insbesondere der energetischen Sanierung. Eine weitere Kleine Anfrage von Ksenija Bekeris und Wilfried Buss belegt nun, dass diese Mieterhöhungen tatsächlich zur

Verdrängung von Bewohnerinnen aus dem Stadtteil führten. Die Befürchtung der Abgeordneten hat sich damit bewahrheitet. 30 Mietparteien haben nach Bekanntwerden der Modernisierung ihr Mietverhältnis gekündigt. Gut die Hälfte davon sind in andere SAGA GWG-Wohnungen ausgewichen. Eine aktuelle Große Anfrage der SPD-Fraktion zum hamburgweiten Bestand

der SAGA GWG zeigt, dass weitere Stadtteile von SAGA GWG-Mieterhöhungen nach Modernisierungen betroffen sind. Die Mietsteigerungen in Barmbek-Nord gehören dabei zu den weitestgehenden. Die SPD-Fraktion wird die Große Anfrage zum Anlass nehmen, die verfehlte Wohnungspolitik des Senats in der Bürgerschaft zu thematisieren.

Diskussion um Uni-Umzug: Unseriöse Studie vertuscht finanzielle Risiken eines Neubaus auf dem Kleinen Grasbrook

Die Universität soll auf den Kleinen Grasbrook umziehen. So die Idee der Wissenschaftsbehörde um Senatorin Gundelach, die auch von der Uni-Präsidentin Monika Auweter-Kurtz vehement vertreten wird. Damit sollen alle Probleme des Sorgenkinds Uni Hamburg gelöst werden. Offiziell bestreitet die Behörde die Festlegung auf eine Verlagerung und hat eine Studie zur Prüfung möglicher Entwicklungsszenarien in Auftrag gegeben. Diese „Studie zur baulichen Entwicklung der Universität Hamburg“ sieht nun allerdings bei einer Verlagerung der Uni auf den Kleinen Grasbrook vor allem Vorteile: mehr Platz, mehr Renommee für die Universität und für Hamburg als „Wissen-

schaftsstadt“, eine Aufwertung Wilhelmsburgs und vieles mehr.

Bei genauerem Hinsehen fehlt dieser Studie jedoch jede Seriosität und Ausgewogenheit. Fragwürdig sind insbesondere die prognostizierte Entwicklung der Studierendenzahlen, der angenommene Raumbedarf sowie die Finanzkalkulationen, die hier thematisiert werden sollen.

Erstaunlicherweise sollen laut Studie die Kosten für einen kompletten Neubau der Uni auf einem nicht erschlossenen Industriegelände nur minimal höher sein als eine Sanierung und Neubauten auf dem alten Uni-Gelände in Eimsbüttel. Bedenklich und bisher öffentlich kaum thematisiert stimmt vor allem

die bei der Finanzkalkulation für den Neubau auf dem Kleinen Grasbrook favorisierte Nutzung Öffentlich-Privater Partnerschaften (kurz ÖPP, siehe hierzu auch den Artikel unten und den Buchtipps S. 4) als Finanzierungsmodell. In diesem Modell würden private Investoren den Neubau sowie Betrieb und Instandhaltung für die Dauer eines „Lebenszyklus“ übernehmen. Die bisherigen Erfahrungen mit ÖPP zeigen, dass von den versprochenen finanziellen Vorteilen durch diese angebliche „Risikoübertragung auf die Privaten“ am Ende nichts übrig bleibt. Mindere Bauqualität, eine lieblose Architektur und Vertragsklauseln, die „unvorhergesehen Kosten“ der

Fortsetzung auf Seite 4



Foto: Sebastian Mietzner

Angeregte Diskussion bei der Europa-Veranstaltung im Museum der Arbeit.

Keine weitere „Privatisierung light“ an den Schulen! Wilfried Buss fordert Senat zum Verzicht auf weitere „ÖPP“-Projekte auf

„Öffentlich-Private Partnerschaften“ (ÖPP) galten lange als vermeintlich harmlose Form von Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, da der Staat formell Eigentümer von Schulen, Krankenhäusern u.a. bleibt. Die Verheißung für die Politik von Ländern und Kommunen lag darin, trotz klammer Kassen ohne neue Schulden nötige Investitionen realisieren zu können, da diese privat vorfinanziert würden.

So wurde auch in Hamburgs Süden die Sanierung und Bewirtschaftung der Schulen vor zwei Jahren im Rahmen einer „ÖPP“ an ein privates

Unternehmen gegeben, die GWG Gewerbe (als Tochterfirma der SAGA-GWG gehört sie zwar der Stadt, wirtschaftet aber dennoch rein nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten). Erklärtes Ziel des Senats war und ist es, nach und nach den gesamten Hamburger Schulbau auf diese Weise zu organisieren.

Doch inzwischen hat sich die vermeintliche Wundertüte als gewaltige Mogelpackung herausgestellt. Der Hamburger Rechnungshof hat dem Senat fehlerhafte Kalkulationen und Taschenspielertricks nachgewiesen

und ihm vorgeworfen, Bürgerschaft und Öffentlichkeit bewusst in die Irre geführt zu haben: In Wahrheit ist ÖPP für die Steuerzahler keineswegs günstiger als die öffentliche Eigenerledigung; in Wahrheit macht der Staat sogar höhere Schulden, sie sind nur verdeckt; alle wesentlichen Risiken bleiben beim Staat, also beim Steuerzahler und bei den betroffenen Schulen.

Deshalb hat Wilfried Buss im Namen der SPD den Senat jüngst in einer Bürgerschaftsdebatte dringend aufgefordert, von den geplanten weiteren ÖPP-Tranchen abzusehen.

WILFRIED BUSS:
„ÖPP-PROJEKTE
SIND VERDECKTE
SCHULDEN. ALLE
RISIKEN BLEIBEN
BEIM STAAT.
DESHALB: KEINE
WEITEREN ÖPP-
PROJEKTE AN
SCHULEN!“

Sie haben Fragen, Anregungen, Kritik? Dann sind Sie hier richtig:

UNSERE WAHLKREISBÜROS

Abgeordnetenbüro Ksenija Bekeris
Büroleitung: Beate Schmid-Janssen

Pestalozzistr. 21a
22305 Hamburg

Telefon: 040 / 51 90 69 08
Fax: 040 / 51 90 69 10
E-Mail: info@ksenija-bekeris.de

Öffnungszeiten:

Di: 10-19 Uhr
Mi-Fr: 09-13 Uhr

Webseite:

www.ksenija-bekeris.de

Abgeordnetenbüro Wilfried Buss
Büroleitung: Sönke Klages

Ifflandstr. 85
22087 Hamburg

Telefon: 040 / 61 19 83 12
Fax: 040 / 61 19 83 13
E-Mail: post@wilfriedbuss.de

Öffnungszeiten:

Mo-Fr: 10-12 Uhr
14-17 Uhr

Webseite:

www.wilfriedbuss.de

Ausschüsse Ksenija Bekeris

- Eingabenausschuss
- Familien-, Kinder- und Jugend-
ausschuss
- Sozial- und Gleichstellungsaus-
schuss
- Wissenschaftsausschuss

Ausschüsse Wilfried Buss

- Eingabenausschuss
- Kultur-, Kreativwirtschafts-
und Tourismusausschuss
- Schulausschuss

Buchtipp: Werner Rügemer: „Heuschrecken“ im öffentlichen Raum. Public Private Partnership – Anatomie eines globalen Finanzinstruments

Der freie Journalist Rügemer legt die erste kritische Bestandsaufnahme der vielgepriesenen Zauberformel „PPP“ (auf deutsch ÖPP) in Deutschland vor. Wie schon seine früheren Bücher über Korruption und Privatisierung ist es eine faktenreiche, seriös-fundierte, aber nichtsdestoweniger flott geschriebene Aufklärungsschrift.

Anhand der Erfahrungen aus Großbritannien und Deutschland zeigt er ein-

dringlich auf, warum PPP keineswegs die verheißungsvolle, harmlose Alternative zu reinen Privatisierungen ist, als die sie gern dargestellt wird. Die ernüchternde Bilanz lautet: PPP ist in den allermeisten Fällen eine Mogelpackung. Der Staat zahlt am Ende mehr, bekommt aber schlechtere Qualität, als wenn er die entsprechenden Dienstleistungen (Schulen, Krankenhäuser u.a.) weiterhin selbst betreiben würde.

Eine Pflichtlektüre für alle, die wissen wollen, mit welchen Tricks sich findige Finanzhaie auch weiterhin öffentliche Gelder unter den Nagel zu reißen versuchen.



Foto: transcript Verlag

Fortsetzung S. 3: Uni-Umzug

Stadt anlasten, sind in der Regel die Kehrseite von ÖPP-Projekten. Unabhängig ist die Finanzkalkulation der Studie in jedem Fall nicht: Sie wurde von Ernst & Young erstellt, einer Gesellschaft, die seit Jahren „Privat vor Staat“ predigt und in Form verschiedener Unternehmensgruppen durch Wirtschaftlichkeitsstudien, Baubetreuung, Rechts- und Steuerberatung und vielen weiteren Dienstleistungen an ÖPP-Projekten kräftig verdient. Privatwirt-

schaftlich von Interesse sind auch die durch einen Uni-Umzug frei werdenden Flächen in Eimsbüttel.

Studierende und immer lauter auch Lehrende an der Universität Hamburg plädieren dagegen für einen Erhalt und Ausbau der Universität in Eimsbüttel. Sie wollen den derzeitigen Standort im Herzen der Stadt mit seinen gewachsenen Beziehungen zum Umfeld, seiner Geschichte und Identität nicht aufgeben. Sanierungsbedarf ist natür-

lich vorhanden. Schließlich investieren die CDU-geführten Senate seit Jahren nicht mehr in die Hochschule.

Die SPD Hamburg hat bereits auf ihrem Parteitag Ende Februar deutlich gemacht, dass für sie nur eine Weiterentwicklung der Uni Hamburg in Eimsbüttel in Frage kommt und fordert dort eine rasche Sanierung und Erweiterung.